

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 366 15. Aug. 2006

12. Jahrgang

Wem gehorcht der Präsident?

Der Rat der zentralamerikanischen Menschenrechts-Ombudsmänner (und -Frauen), der sich Anfang August in Guatemala zu einem Treffen zusammenfand, sprach sich gegen die Ratifizierung der Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (DR-CAFTA) aus. Als „Falle“, „Scheinheiligkeit“ und „Ungleichheit“ wurden die Abkommen von den Menschenrechtsprokuratoren der Region bezeichnet und es wurde vor den negativen Auswirkungen für die lokalen Wirtschaften gewarnt. Der Rat verspricht, Mitte 2007 einen ersten Evaluationsbericht zum Thema zu veröffentlichen.

In Guatemala, wo das Freihandelsabkommen mit den USA Anfang Juli in Kraft trat, zeichnet sich bereits die erste Krise ab, weil Präsident Oscar Berger – auf Druck der Hühnerfarmer und auf Kosten der KonsumentInnen – die Einfuhrzölle für US-amerikanisches Hühnchenfleisch anheben will.

Während der Debatte um die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit den USA wurden gebetsmühlenhaft dessen Vorteile für die nationale Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und schlussendlich für die ProduzentInnen und KonsumentInnen gepriesen. Ein Monat nach der Inkraftsetzung des Abkommens, dessen erklärtes Ziel die Öffnung der Märkte ist, sieht sich die guatemaltekeische Regierung gezwungen, erste Massnahmen zu ergreifen, um die nationale Hühnchenfleisch-Produktion zu „schützen“.

Die Vorgeschichte ist einfach und exemplarisch: In Guatemala werden jährlich rund 200'000 Tonnen Hühnchenfleisch konsumiert (rund 15 Kilogramm pro Person), ca. 150'000 Tonnen stammen aus einheimischer Produktion, der Rest wird importiert. 22'000 Tonnen können im Rahmen des Freihandelsabkommens zollfrei aus den USA importiert werden. Nach Guatemala gelangen dabei vor allem Fleischstücke minderer Qualität, z.B. Flügel, die, bevor sie nach Guatemala geschickt werden, zwischen zwei und fünfzig Monate lang tiefgefroren waren. Umgekehrt sind die Auflagen sehr hoch, damit guatemaltekeische ProduzentInnen qualitativ besseres und entsprechend teureres Fleisch (z.B. Hühnchenbrust) in die USA exportieren können, wo dieses Fleisch vor allem in den Fast-Food-Ketten massenweise Absatz findet. Die guatemaltekeischen Hühnchenfleisch-ProduzentInnen verlangen nun, die Einfuhrzölle für Hühnchenfleisch ausserhalb des 22'000 Tonnen-Kontingents von 15 auf 164% zu erhöhen, wie es in anderen Ländern Zentralamerikas bereits praktiziert wird, damit dieses Fleisch teurer ist als das einheimische und es entsprechend nicht durch seine Dumpingpreise die guatemaltekeische Konkurrenz lahmlegt.

Um ihrer Forderung (Nach-)Druck zu verleihen, erhöhten die grossen Hühnchenfleischproduzenten Guatemalas Ende Juli den Preis für ihre Produkte um 11%, was rund 0.30 US-\$ pro *libra* (450 g) Fleisch ausmacht. Dies als kleinen Wink mit dem Zaunpfahl an Präsident Berger, dass es die Industriesektoren waren, die ihn an die Macht brachten und denen er nun etwas schuldig ist. Und er reagierte.

Nachdem Berger zwar zuerst nichts von einer Erhöhung der Einfuhrzölle wissen wollte, beauftragte er später die Fi-

nanz-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerien, einen Vorschlag zu erarbeiten, der „das Budget der KonsumentInnen nicht belastet und gleichzeitig die nationale Hühnchenfleischproduktion schützt“ – ein Ding der Unmöglichkeit. KritikerInnen der Massnahme sind überzeugt, dass die Mehrkosten den KonsumentInnen aufgehalst werden und dass dies zusammen mit einer durch die Ölkrise bedingten allgemeinen Verteuerung der Grundnahrungsmittelpreise dazu führen wird, dass in vielen guatemaltekeischen Familien Hühnchenfleisch vom Speisezettel verschwinden wird. Rafael Téllez, Importeur der Firma *Grupo Buena* ist überzeugt davon, dass die Massnahme die „Ärmsten am stärksten trifft“. Und er fragt sich, ob Präsident Berger wohl auch bereit sein wird, andere nationale Produkte (und damit die bäuerlichen ProduzentInnen), wie zum Beispiel den Mais, vor dem zu Dumpingpreisen importierten US-Mais zu schützen. Im Falle des Mais können gemäss Freihandelsabkommen jährlich 600'000 Tonnen zollfrei importiert werden, was darüber ist, muss zu 35% verzollt werden.

Gegen die Erhöhung der Einfuhrzölle für Hühnchenfleisch spricht sich auch der guatemaltekeische Kongress aus, der ja überhaupt für die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens verantwortlich ist. Die Kongressabgeordneten drohen damit, ihrerseits Schritte zu unternehmen, falls der Präsident dem Druck der HühnchenfleischproduzentInnen nachgäbe. Ein Möglichkeit wäre zum Beispiel die Ausarbeitung eines Gesetzes, das die Exekutive zwingt, Erhöhungen oder Senkungen von Einfuhrzöllen vom Kongress absegnen zu lassen. Gemäss verschiedenen Abgeordneten widerspricht die geplante Massnahme ganz klar dem Geist des Freihandelsabkommens. Pablo Duarte von den *Unionistas* meinte z.B., man könne keine Monopole mehr zulassen und Mario Taracena von der PAN kritisierte den Protektionismus gegenüber dem Hühnchensektor und bezeichnete es als eine Pflicht der Kongressabgeordneten, die Interessen der KonsumentInnen zu vertreten. „Es ist an der Zeit, dass Präsident Berger tief durchatmet, ein Alka-Selzer schluckt und den UnternehmerInnen klar und

deutlich NEIN sagt“, meinte Taracena.

Berger rechtfertigt sich, indem er die Vereinigten Staaten beschuldigt, ebenfalls ihre nationale Industrie zu schützen, „obwohl sie von freiem Markt sprechen“. Er müsse sich um die Arbeitsplätze seiner Leute kümmern, meinte Berger, denn „es nützt uns nichts, wenn wir billiges Hühnchenfleisch haben aber niemanden mehr, der es kaufen kann“. Berger zieht offenbar in Betracht, eine Klage wegen unlauterem Wettbewerbs bei der Welthandelsorganisation WTO gegen die USA einzureichen.

Das „Hühnchen“- Beispiel veranschaulicht auf einfache Weise, was KritikerInnen der Freihandelsabkommen schon immer sagten: Dass nämlich dieser vermeintlich freie Markt nicht für alle Beteiligten auf die selbe Weise frei zugänglich ist, und dass die Abkommen zwischen politisch unterschiedlich mächtigen Partnern und zwischen Ländern mit wirtschaftlich und sozial sehr verschiedenen Realitäten geschlossen wurde.

Ein Zusammenschluss von neun zentralamerikanischen Menschenrechtsorganisationen nutzte die 125. ausserordentliche Session der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH), die am 20. und 21. Juli in Guatemala stattfand, um in einem ausführlichen Dokument nochmals auf diese Ungleichheiten und ihre Konsequenzen, die sich der Verletzung elementarer Menschenrechte ausdrückt, hinzuweisen.

Hauptsorge dieser Organisationen

ist, dass das Freihandelsabkommen DR-CAFTA den selben Stellenwert hat wie die von den Signaturstaaten unterzeichneten internationalen Menschenrechtsabkommen, und dass nirgends festgeschrieben steht, dass die Menschenrechtsabkommen über jeglichen Wirtschaftsabkommen zu stehen haben. Ausserdem haben die meisten zentralamerikanischen Länder die wichtigen internationalen Menschenrechts- und Arbeitsrechtsabkommen unterzeichnet – im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten.

Um die bestehenden Asymmetrien zu veranschaulichen, zählen die VerfasserInnen des Berichts ein paar Beispiele auf:

- Die Fläche ganz Zentralamerikas entspricht 4.5% der Fläche der Vereinigten Staaten.
- Die Bevölkerung Zentralamerikas entspricht 11.7% der Bevölkerung der Vereinigten Staaten.
- Die zusammengezählten Bruttoinlandsprodukte der sieben zentralamerikanischen Länder entsprechen 0.5% des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukts.
- 36% der Arbeitskräfte in Zentralamerika sind im Landwirtschaftssektor tätig. In den USA sind es 2%.

Zu diesen geographischen und demographischen Ungleichheiten kommt hinzu, dass die einzelnen Länder unterschiedliche Verfassungen und Gesetzgebungen haben.

Erste negative Auswirkungen des

DR-CAFTA zeigt das Dokument an Beispielen aus El Salvador auf, wo das Abkommen seit dem 1. März 2006 in Kraft ist. Offenbar ist es dem Land nicht gelungen, die Exportproduktpalette in die USA zu diversifizieren, was heisst, dass es nach wie vor die traditionellen Produkte sind, die exportiert werden und dass die lokale Industrie durch das Freihandelsabkommen nicht wettbewerbsfähiger geworden ist. Im Gegenzug ist die Abhängigkeit von US-amerikanischen Importen offenbar grösser geworden. Und obwohl mehr importiert wurde, sind die Einnahmen aus den Importsteuern innerhalb eines Monats von 17 Mio. US-\$ im März auf 14 Mio. im April gesunken. Es ist auch nicht so, dass die Öffnung des Marktes bisher mehr ausländische Investitionen angezogen hätte, wie das erwartet und versprochen wurde. All dies wirkt sich auf die Wirtschaft des Landes, aber auch auf die private Ökonomie der Bevölkerung aus und verletzt somit direkt und indirekt Menschenrechte aus dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich, wie zum Beispiel das Recht auf Entwicklung.

Sicher ist es noch zu früh, um allgemeingültige Schlüsse über die Auswirkungen des DR-CAFTA zu ziehen, doch die ersten Erfahrungen aus El Salvador und die Diskussion um die guatemaltekischen Hühnchen lassen darauf schliessen, dass gewisse Befürchtungen von FreihandelsgegnerInnen nicht bloss so genannt anti-imperialistischem Gedankengut entspringen, sondern sich durchaus – und schnell – in der lokalen Realität widerspiegeln.

Auf wen hört der Präsident?

Guatemala, 8. Aug. Das *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE) wurde nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen gegründet, als ziviler Ersatz für den umstrittenen militärischen Geheimdienst EMP. Seine Aufgabe ist es, zu Händen des Präsidenten politische Analysen über potentielle Gefahren und Bedrohungen oder zu aktuellen Problemen zu verfassen und ihm Lösungsvorschläge „ins Ohr zu flüstern“.

Präsident Berger scheint aber andere „Souffleure“ vorzuziehen, was dazu geführt hat, dass das SAE unterdessen ein eher marginales Dasein fristet. Die Kürzung von Budgetgeldern und der Abgang von qualifiziertem Personal belegen dies: Während das Sekretariat in den Jahren 2004 und 2005 über einen Haushalt von 27.5 Mio. Quetzales verfügte, disponiert es im Jahr 2006 nur noch über 16.3 Mio.

MenschenrechtsaktivistInnen äus-

sern sich besorgt über diese Entwicklung, sind es doch heutzutage wieder Militärfachleute und den Unternehmenskreisen nahestehende BeraterInnen, die den Präsidenten bei der Meinungsbildung und Problemlösung unterstützen. Dies widerspricht dem Leitbild der SAE, heisst es doch darin ganz klar, dass die Präsidentenberatung einen „strikt zivilen“ Charakter haben soll. Bedenklich ist laut Carmen Aída Ibarra von der Mirna Mack-Stiftung, dass die Leute, die aktuell den Präsidenten beraten, oft nicht in die offiziellen Staatsstrukturen eingebunden sind und so auch keiner Kontrolle unterzogen werden können.

Jorge Sequén, Leiter des Sekretariats, bezeichnet eine mögliche Schwächung seiner Institution als ein Gerücht. „Unsere Berichte sind für die Entscheidungsträger (Präsident und Vize) und Präsident Berger äussert sich immer zufrieden über unsere Arbeit.“

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- •

Auslands-Abo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html

Chaotische Wahlvorbereitung

Guatemala, 11. Aug. Neun Monate bevor am 2. Mai 2007 offiziell der Wahlkampf für die am 2. September stattfindenden Präsidentschafts-, Parlaments- und BürgermeisterInnenwahlen ausgerufen wird, steckt das guatemaltekische Wahlgericht (TSE), das den ganzen Event vorbereiten und durchführen muss, in der Krise und im Kreuzfeuer der Kritik. Das Fehlen eines aktualisierten Wahlgesetzes, die viel zu früh begonnenen Kampagnen einiger KandidatInnen und die Verzögerung des Kongresses bei der Absegnung dringend notwendiger Wahlreformen schaffen ein Klima der Unsicherheit und des Chaos.

Zu den Anpassungen, die der Kongress absegnen muss, gehört zum Beispiel die Anzahl der aufzustellenden Wahlurnen. Diese vorzubereiten brauche seine Zeit und das TSE wolle genug früh damit beginnen, erklärte ein Beamter der Institution und, käme der Kongress nicht innerhalb von zwei Wochen zu einer Entscheidung, würde das Wahlgericht nach eigenem Gutdünken handeln. Gemäss dem aktuell gültigen Gesetz, das erst im Jahr 2004 verabschiedet und entsprechend noch nie im „Ernstfall“ angewendet worden ist, müsste in jeder Ortschaft, wo es mehr als 500 Stimmberechtigte gibt, eine Wahllokale vorhanden sein, d.h. es müssten insgesamt 689 Wahllokale eingerichtet (und am Wahltag betreut und ausgezählt) werden. Das TSE schlägt indessen vor, die Anzahl dieser Lokale auf 311 zu reduzieren. Auch was das Wahlreglement betreffe, könne man nicht mehr länger als einen Monat auf die Verabschiedung der Reformen warten, ansonsten würde das TSE den Reglementvorschlag drucken lassen, den es selber ausgearbeitet habe. Die im Parlament für wahltechnische Belange zuständigen Abgeordneten wiederum kritisieren, sie hätten vom Wahlgericht zu wenig Informationen bekommen und somit keine Entscheidungsgrundlage.

Ein weiteres Problem sind die Kosten. Das TSE rechnet mit rund 500 Mio. Q (6 Mio. US-\$) für die Durchführung der Wahlen, die Regierung hat bisher nicht verlauten lassen, wie viel sie zu bezahlen bereit ist.

Das Fehlen entsprechender Richtlinien macht es offenbar dem Wahlgericht auch fast unmöglich, gegen die bereits begonnen Wahlkampagnen verschiedener Parteien einzuschreiten.

Auch das Datum ist ein Streitpunkt. Diesmal relativ früh angesetzt (in anderen Jahren fanden die Wahlen meist Anfang November statt) fallen sie nächstes Jahr mit dem 2. September noch voll in die Regenzeit. Dies wird vor allem in

ländlichen Gegenden, wo die Strassen schlecht sind, vielen Leute den Zugang zu den Wahllokalen erschweren.

Auch die Erziehungsministerin, María del Carmen Aceña ist mit dem Datum nicht glücklich und schlug vor, die Wahlen auf den 7. Oktober zu verschieben. Das Schuljahr endet nämlich offiziell erst Ende September, da aber die Wahllokale häufig in Schulhäusern installiert werden und die Einrichtung dafür bis zu einem Monat Zeit in Anspruch nehmen, würden die SchülerInnen zu viel von ihrem Unterricht verpassen. Umso mehr noch, als 90% der WahlhelferInnen LehrerInnen seien, die den Unterricht fast während dem ganzen Semester suspendieren müssten, da sie entsprechende Vorbereitungskurse besuchen müssten.

Luis Fernando Mack, Direktor der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO) setzt sich

für einen demokratischen und legalen Wahlprozess ein. Zu viel stehe auf dem Spiel, meinte er, einerseits werde die Bevölkerung verunsichert und vom Wählen abgehalten und was geschehen könne, wenn das Wahlreglement nicht klar und eindeutig rechtsgültig sei, könne man ja aktuell in Mexiko beobachten.

Derweil gehen mehr oder weniger offen die Verhandlungen über mögliche Wahlallianzen weiter. Dieser Tage gab die Parlamentarierin Nineth Montenegro von *Encuentro por Guatemala* eine mögliche Allianz mit der Partei *Bienestar Nacional* bekannt. Ob es wirklich die inhaltlich-politische Vision ist, welche die beiden Gruppierungen teilen? Auf alle Fälle hätte Montenegro so eine Partei im Rücken, in deren Namen sie kandidieren kann, falls es ihr nicht gelingen sollte, bis im Oktober die verlangte Anzahl von 15'000 Mitglieder für ihre eigene Partei einzuschreiben.

Geiselnahme auf der Finca La Moca

Guatemala, 11. Aug. Rund 500 BäuerInnen und private Sicherheitskräfte der Finca La Moca in Alta Verapaz nahmen 16 Personen, darunter sechs JournalistInnen, acht Vertreter von Gewerkschaften und LandarbeiterInnenorganisationen sowie zwei internationale BegleiterInnen vorübergehend als Geiseln. Die BesucherInnen kamen auf Einladung der *Koordination der BäuerInnenorganisationen* CNOC, und wollten sich einen Eindruck verschaffen über den Landkonflikt auf der Finca La Moca, der Anfang Juli ein Todesopfer forderte (siehe ¡Fijáte! 364). Zuerst interviewten sie diejenigen BäuerInnen, die von der Finca vertrieben wurden und sich momentan am Strassenrand eingerichtet haben. Als sie sich auf den Weg machten, die noch auf der Finca lebenden Familien aufzusuchen, wurden sie von einigen Bauern und Sicherheitsleuten des Finqueros festgehalten, die sofort die ganze Dorfgemeinschaft zusammenriefen. Sie blockierten den Weg, zwangen die

BesucherInnen, ihre Fahrzeuge zu verlassen und bedrohten sie zum Teil mit Waffen. Auch wollte man ihnen die Kameraausrüstungen wegnehmen, da es unter den noch auf der Finca lebenden Leuten solche gibt, auf die ein Haftbefehl ausgestellt ist.

Nach drei Stunden und nachdem sie sich vergewissert hatten, dass es sich nicht um RegierungsvertreterInnen sondern um JournalistInnen und VertreterInnen von Volksorganisationen handelte, die sich über die Situation vor Ort informieren wollten, wurden sie wieder freigelassen. Auf dem Rückweg trafen die eingeschüchterten BesucherInnen auf die Polizeibeamten, die losgeschickt wurden, um sie zu „befreien“.

Der Menschenrechtsprokurator Sergio Morales verurteilte diese Verletzung des Rechts der JournalistInnen auf die Ausübung ihres Berufes und forderte die Regierung auf, endlich den Konflikt auf der Finca La Moca zu einer Lösung zu bringen.

Viele Kinder trotz besserer Familienplanung

Guatemala, 7. Aug. Gemäss Angaben des guatemaltekischen Gesundheitsministeriums nimmt die Zahl verhütender Paare stetig zu. Trotzdem gehört Guatemala nach wie vor zu den weltweit geburtenreichsten Ländern.

Während im Jahr 2000 rund 451'000 Kinder zur Welt kamen, sind es aktuell

„nur“ noch 385'000, ca. 15% weniger. Waren es im Jahr 1987 im Durchschnitt 5.6 Kinder pro Frau, sind es heute noch 4.4, wobei Indígenafrauen mit 7.7 Kinder weit über diesem Durchschnitt liegen. Rund 30% der Frauen haben nach wie vor überhaupt keinen Zugang zu Verhütungsmitteln.

Genozid-Prozesse weiterhin blockiert

Guatemala, 8. Aug. Ein Monat ist bereits vergangen, seit die Spanische Untersuchungskommission unter der Leitung von Richter Santiago Pedr az unverrichteter Dinge aus Guatemala abreiste und in Spanien Internationale Haftbefehle gegen acht ehemalige Staatsmänner und Regierungs- bzw. Milit arverantwortliche ausstellte, die des Genozids angeklagt sind (siehe ¡Fijate! 364).

Dieser Vorstoss erhielt durchaus die moralische Unterstützung von zwanzig US-amerikanischen Kongressabgeordneten, die ein Schreiben an das US-Justizdepartament und an den Generalstaatsanwalt Alberto Gonz alez verfassten, in dem sie die „totale Kooperation“ bei der Suche nach und der Verhaftung von den Angeklagten forderten und

Richter Pedr az ihre Solidarität aussprachen. In Guatemala selber reagierte die Betroffenen hingegen mit Zynismus auf die Ausstellung der Internationalen Haftbefehle.

Unterdessen wollte die guatemalteckische Staatsanwaltschaft endlich mit den ersten ZeugInnenvernehmungen im Fall des Brandes der Spanischen Botschaft, der die Grundlage der Klage von Rigoberta Mench u gegen Benedicto Lucas Garc a, (den flüchtigen) Donaldo Alvarez Ruiz und Germ an Chupina Barahona ist, beginnen. Gemäss Carmen Aida Ibarra von der Fundaci n Mack ist dies als ein Ergebnis des durch den Besuch der Spanischen Delegation ausgelösten Internationalen Druck auf das guatemalteckische Justizwesen zu wer-

ten. Doch sie zweifelt daran, dass tatsächlich Bewegung in die Sache kommt. Sie befürchtet sogar, dass dies eine Strategie der Anwälte der Angeklagten ist, weil die guatemalteckischen Untersuchungen die internationalen vorerst ausbremsen würden.

Erste Zeugin im „Botschafts-Fall“ wäre Odette de Arz u gewesen, eine ehemalige Mitarbeiterin des Roten Kreuzes, die beim Brand der Spanischen Botschaft im Einsatz war. Sie entschuldigte sich jedoch wegen Krankheit und einer Auslandsreise, während der sie sich in medizinische Behandlung begeben wird.

Womit der Suche nach Gerechtigkeit neben den zahlreichen Einsprüchen der Anwälte der Angeklagten ein weiteres Mal verschoben ist.

Fragwürdig: Gesetz gegen das organisierte Verbrechen ist durch

Guatemala, 20. Juli. Das Gesetz gegen die organisierte Delinquenz ist vom Kongress verabschiedet worden, fast vier Monate, nachdem die Exekutive gegen die vorherige Version aufgrund von „Redaktionsfehlern“ einiger Artikel ihr Veto eingelegt hatte. Nach etwas mehr als sechs Stunden Diskussion konnten sich die Fraktionen endlich mit nationaler Dringlichkeit auf einen Vorschlag einigen und begl uckw unschten sich ob ihrer Errungenschaft, die sich seit Monaten hingezogen hatte. Manche Partei hält sich mit ihrer Begeisterung derweil etwas zurück, sei es wie im Fall der *Patriotischen Partei* (PP), weil ihre eingereichten Einsprüche nicht berücksichtigt wurden oder wie bei der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), die offenbar aus Pflichtgefühl zustimmte, obwohl sie in einigen Artikeln Verfassungswidrigkeiten entdeckte.

Einer der Polemik hervorrufenden Artikel, Nr. 20, bezieht sich auf die Genehmigung verdeckter Ermittlungen. Die PP wollte darauf bestehen, dass diese durch eine richterliche Anordnung autorisiert werden müssten, um zu vermeiden, dass die Staatsanwaltschaft nach Belieben handeln könne. Diese bestehende Freiheit wird auch von Enrique  lvarez, Mitglied des *Beratungsstabs in Sicherheitsfragen* (CAS), kritisiert, bestehe ohne Begleitung durch eine Rechtsinstanz doch noch eher die Gefahr, dass erhobene Information filtriert würde, da bloss der Generalstaatsanwalt grünes Licht zu geben braucht.

Die FRG legte derweil erfolglos eine Reform vor, um die Telefonabh rung zu

verhindern. Oliverio Garc a Rodas von der Partei *Solidaridad* entkräftete diesen Rekurs ob Verfassungswidrigkeit, sollte doch nicht in das Leben von einzelnen Privatpersonen eingegangen, sondern gegen verbrecherische Gruppen vorgegangen werden.

Das Gesetz, namentlich das Dekret 21-2006, beinhaltet 112 Artikel und nimmt Bezug auf die kriminellen Aktionen, die Mitgliedern von Verbrechensorganisationen zuzuschreiben sind. Ausserdem werden in der Norm spezielle Ermittlungs- und Strafverfolgungsmethoden aufgestellt sowie Massnahmen festgelegt, um gemäss der Gesetzgebung, der Verfassung und unterzeichneten internationalen Abkommen, den Aktionen des organisierten Verbrechens vorzubeugen, dieses zu bekämpfen und zu zerschlagen. Danach wird eine kriminelle Organisation definiert als Vereinigung von drei oder mehr Personen, die während einer bestimmten Zeit aktiv werden, um Verbrechen wie Drogenhandel, Geldwäsche, Menschenhandel und weitere im Strafgesetzbuch festgelegte Delikte zu begehen.

Politische und RechtsanalystInnen stehen dem Gesetz weiterhin skeptisch gegenüber. So bemängelt Carmen Aida Ibarra von der Myrna Mack-Stiftung, dass die hoch gelobten neuen Untersuchungsmethoden, wie die verdeckte Ermittlung, Telefonabh rung und kontrollierte  bergaben, zu Machtmissbrauch von Seiten der staatlichen Institutionen führen könnten.

Die Zuständigen des Justizsystems halten das Gesetz unterdessen für eine

Unterstützung der guatemalteckischen Gerichtsbarkeit, vorausgesetzt, alle legalen und Verfassungsrichtlinien werden bei der Anwendung respektiert. Erst nach der Veröffentlichung im staatlichen *Diario Oficial* am 10. August wird die Normative von den RichterInnen auf ihre Verfassungskonformität hin analysiert werden.

Auch Claudia Samayoa vom Sektor der Menschenrechtsorganisationen übt Kritik. Es sei den Abgeordneten bis zum Ende nicht gelungen, die Notwendigkeit zu begreifen, eine effektive Gesetzgebung gegen das organisierte Verbrechen zu schaffen. „Sie denken dabei mehr an Konzepte wie das der „harten Hand“ anstatt an Normen, die neben der Festnahme auch die Verurteilung von Kriminellen erleichtern.“ Ohne eine angemessene, gesetzlich festgelegte richterliche Kontrolle, so schliesst sich Samayoa den KritikerInnen an, liefen sowohl die Instrumente der verdeckten Ermittlung wie die Telefonabh rung Gefahr, als verfassungswidrig interpretiert zu werden. Jeglicher Beweis, der danach über die erwähnten Wege aufgenommen worden sei und in einem Rechtsprozess vorgelegt werde, könne somit zur Freilassung der Verdächtigen führen.

Laut Samayoa sei mit dem Dekret eine völlig schwache Gesetzeslage geschaffen worden. Eine weitere durchlässige Stelle sei beispielsweise die Definition der Konspiration, da es gegen die Verfassung spricht, als Delikt zu definieren, zu planen, ein Verbrechen zu begehen. Auch hier sei die Freilassung die logische Konsequenz.

Neuer Aussenminister

Guatemala, 4. Aug. Nach Tagen der Gerüchte trat Anfang August der bisherige Aussenminister und Unternehmer Jorge Briz „mehr überstürzt als geplant“ von seinem Amt zurück. Briz kam als Mitglied des *Movimiento Reformador* (MR) in die Regierungs-Allianz GANA. Offiziell gibt er parteipolitische Gründe für seinen Rücktritt an, von seinen GegnerInnen wird ihm Unfähigkeit und Versagen speziell im Migrationsthema, sowie Meinungsverschiedenheiten mit Vizepräsident Eduardo Stein vorgeworfen, z.B. wegen Nichtteilnahme an der ersten Sitzung des neuen Menschenrechtsrates der UNO. Offenbar soll er es vorgezogen haben, statt an der Sitzung teilzunehmen (bei dem Guatemala Mitglied ist), seine Europareise für einen Besuch der Fussball-Weltmeisterschaft zu nutzen (wo Guatemala nicht vertreten war).

Anlässlich einer Pressekonferenz erklärte der zurückgetretene Aussenminister, man habe ihn politisch unter Druck gesetzt und gefordert, er solle seine Partei auflösen bzw. gänzlich mit der GANA fusionieren. Ebenfalls habe man ihn gezwungen, an den internen Wahlen der GANA um die Präsident-

schaftskandidatur 2007 teilzunehmen, was er selber nie wollte. Auf die Frage, wer „man“ sei, gab er keine Auskunft, es seien diejenigen Kreise innerhalb der Regierung gewesen, die mit der Partei zu tun hätten, von Präsident Berger jedoch sei er immer unterstützt worden, erklärte Briz gegenüber den Medien.

Briz ist nach dem ehemaligen Innenminister Arturo Soto der zweite Minister, der das Kabinett von Oscar Berger verlässt. Mit ihm tritt auch sein Stellvertreter und Generalsekretär des MR, Juan José Cabrera, zurück. Unterdessen haben auch Verhandlungen zwischen dem MR und anderen GANA-Mitgliedern, namentlich der *Patriotischen Partei* (PP) und der *Partei der nationalen Solidarität* (PSN) sowie der Partei *Bienestar Nacional* über eine Kongress-Allianz gegen die GANA begonnen.

Als Nachfolger von Briz ernannte Präsident Berger als neuen Aussenminister Gerd Rosenthal. Rosenthal war u.a. Direktor der *Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik* (CEPAL), und ist als ehemaliger Vertreter der guatemaltekischen Regierung bei der UNO mit der Lobbyarbeit beschäftigt,

um einen Sitz Guatemalas im UNO-Sicherheitsrat zu erreichen. Dies ist denn auch ein prioritäres Ziel des neuen Aussenministers und bringt ihm sogleich die ersten Kritiken ein.

Das *Netzwerk für Frieden und Entwicklung in Guatemala* (RPDG), dessen Hauptvertreter Raúl Molina ist, ruft dazu auf, eine Kampagne gegen den Beitritt Guatemalas zum UNO-Sicherheitsrat zu lancieren. Ausser Guatemala kandidiert ja bekanntlich Venezuela für diesen Sitz. Molina warnt in einem Schreiben davor, dass sich Guatemala mit seiner Kandidatur einmal mehr zum Werkzeug der Vereinigten Staaten mache, und zwar nicht, weil diese Guatemala unbedingt im Sicherheitsrat vertreten haben wollen, sondern weil unter allen Umständen vermieden werden soll, dass Venezuela im Sicherheitsrat einen Sitz bekommt.

Ebenso stehen auf Rosenthals ausserpolitischen Agenda die Migrationspolitik gegenüber den Vereinigten Staaten, die Verhandlungen mit dem Nachbarland Belize über die Beilegung von Grenzstreitigkeiten sowie die Unterzeichnung weiterer Freihandelsabkommen.

Hunger nach Buchstaben

Guatemala, 4. Aug. Der "Hunger nach Buchstaben", den der guatemaltekische Poet Otto René Castillo vor Jahren verspürte, konnte vom 28. Juli bis zum 6. August möglicherweise etwas gestillt werden. Während dieser Woche fand nämlich die IV. Internationale Buchmesse Guatemalas (FILGUA) statt, zusammen mit der X. Internationalen Buchmesse Lateinamerikas (FILCEN), die dieses Jahr in Guatemala stattfand.

„Wir leben in einer Globalisierung ohne Kultur“, schrieb der Kolumnist Miguel Angel Sandoval in der Tageszeitung *Prensa Libre*, „denn diese beschänkt sich im Falle Guatemalas auf den Verkauf von Schrauben, Avocados, Dienstleistungen und Land. Niemandem

fällt es ein, guatemaltekische Kultur oder Bücher als ein für die Globalisierung interessantes Gut zu betrachten. Kein Wunder, dass Bücher in keinem Land der Region so sind teuer wie hier.“

Auf der Messe waren rund 85 Verlage aus ganz Lateinamerika, den USA und Europa präsent, rund ein Drittel davon aus Guatemala. Das Rahmenprogramm der Messe umfasste mehr als 200 Aktivitäten, darunter verschiedene Foren, die Präsentation von über 20 guatemaltekischen und lateinamerikanischen Neuerscheinungen, Ausstellungen und Workshops.

In den letzten Tagen waren die Kolumnen der Tageszeitungen voll von den Geständnissen von Bücherwürmern, die

über ihre Lese-Sucht schrieben. Tatsache ist aber, dass Bücherlesen in Guatemala nach wie vor das Privileg einer Minderheit ist. Analphabetismus, die erwähnten hohen Preise für Bücher und wohl auch das Fehlen der Gewohnheit zu Lesen (aus welchen Gründen auch immer) sind mögliche Erklärungen dafür.

Dies zu ändern war denn auch das erklärte Ziele der guatemaltekischen Buchmesse: „Für ein Land der LeserInnen“ hiess der Slogan der Messe. Das Zielpublikum waren nebst interessierten LeserInnen vor allem LehrerInnen und Kinder, mit der Idee, deren Lesegewohnheit schon früh zu fördern. Rund 22'000 Personen, davon 8000 SchülerInnen, besuchten die Messe.

Stoppt den Krieg!

Guatemala, 7. Aug. Das *Netzwerk für die Gesundheit der Frauen in Lateinamerika und der Karibik* (RSMLAC) protestierte gegen die Gewalt, der die Bevölkerung im Nahen Osten, speziell Frauen, Kinder und ältere Menschen, ausgesetzt sind.

In einer Presseerklärung heisst es: „Kriege sind die höchste Ausdrucksform für die Verletzung des Menschenrechts

auf ein gewaltfreies Leben. Ausserdem widersprechen sie jeglichem Ethikgefühl, der Freiheit und der Gerechtigkeit, um so mehr wenn die Zivilbevölkerungen die am stärksten Betroffenen sind.“ Die Zahlen über Tote und Verletzte, über die Zerstörung und die Verarmung sind hoch und dürften nicht mehr nur rein numerisch erfasst werden, heisst es in der Erklärung weiter.

Das Frauen-Netzwerk fordert einen sofortigen Stopp der bewaffneten Angriffe im Nahen Osten und solidarisiert sich in erster Linie mit den betroffenen Frauen der Region.

Weiter schliesst sich das RSMLAC den Forderungen der *Weltfrauenmarsches* an, der u.a. die UNO dazu aufruft, den Schutz der betroffenen Bevölkerung zu garantieren.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Der bedrohliche Süden

Die Fussballweltmeisterschaft endete mit einem Zusammenstoss rassistischer Art. Der Angriff des Meisters Zidane gegen Materazzi, Minuten vor seinem Abschied, enthüllte auf der Zielstrecke, welches wahre Spiel hinter dem Fussball und dem ganzen Tamtam des globalen Marketings gespielt wird: nämlich das Spiel der Herrschaft. In diesem Fall, die Herrschaft des Nordens über den Süden. Der unverschämte Angriff war von einer nicht weniger unverschämten Aggression provoziert worden, die auf dem Fussballfeld nicht von den Mikrofonen eingefangen worden war und die zumindest für den Norden erst einmal eine untergeordnete Rolle spielte: die rassistische Beleidigung. Demzufolge war *die ganze Welt* mit dem Schiedsrichter einverstanden und die rote Karte stellte die Ordnung wieder her. Was bildete sich dieser Muselman algerischer Herkunft eigentlich ein?

Aber den Süden gibt es. Die Hexenmeister des Marketings wissen es. Der Süden beweist seine Bedeutung in den unterschiedlichen Bereichen: bei sportlichen Events, in Bezug auf die vielfältigen traditionellen Kulturen, mit der Einsatzfähigkeit als Arbeitskraft seiner Bevölkerung, angesichts der Energie- und Wasserressourcen, Mineralien und Biodiversität der Länder des Südens...

Der Norden *begehrt* den Süden, um ihn zu besitzen. Er sieht in ihm kein Subjekt mit Erinnerung und eigenem Projekt, sondern lediglich einen *Körper*, der zu plündern ist.

Im XVI Jahrhundert wurde dieser *Körper* auf plumpe Weise durch Waffen gefügig gemacht. Im Laufe der Zeit wurde dieses Vorgehen immer weniger schicklich, so dass die Unterwerfung schliesslich zu einer Strategie der Politiker wurde, die dem Kapital gehorchen. Heutzutage stellen Regierungen und Parlamente Gesetze auf, die, ohne den Frieden zu brechen, die gleichen Ergebnisse erreichen, wie jene „tapferen“ Eroberer in Afrika und Lateinamerika.

Heute überlassen in Guatemala

die Kongressabgeordneten und die Regierung dem Mineralien abbauenden Unternehmen *Montana* 99% des nationalen Goldes. Wie hätte sich Pedro de Alvarado gewünscht, in dieser Zivilisation der Demokratie zu leben! Er hätte bessere Resultate erlangt ohne die Strapazen der *Conquista* zu erleiden. In der Demokratischen Republik Kongo ist die gleiche Ausbeutung mit den Diamanten und dem hochgeschätzten *Koltan* an der Tagesordnung. Und das sind nur zwei Beispiele.

Eins ist nicht zu vergessen: die Waffen sind immer bereit, egal wie klein die Bedrohung ist, besser gesagt, wenn der wirtschaftliche und politische Druck keine Erfolge zeitigt.

Die direkten oder vertuschten Invasionen und schmutzigen Kriege, die von den Regierungen des Nordens vorangetrieben werden, haben reformistische oder volksnahe Regierungen auf der ganzen Erde zerstört.

Die einzige Erfahrung, die in der Geschichte Guatemalas einer Demokratie nahe kam, wurde 1954 von Söldnern des US-amerikanischen CIA zunichte gemacht. In Afrika haben die USA Kriege gefördert oder Waffen und Militär-Trainings in 50 der 53 Länder des Kontinents geliefert. Heute brennen die muslimischen Länder in Asien, weil sie dem Imperium USA nicht entgegenkommen, die ihr Erdöl abzupfen wollen.

Die stolze westliche Zivilisation, die sich die Schirmherrschaft über die *repräsentative Demokratie* an den Nagel reisst, ist jene Zivilisation der gefürchtetsten Massenvernichtungswaffen der Geschichte. Die Politik ist der gleiche Krieg wie immer, bloss mit anderen Mitteln, das hat schon Foucault gesagt.

Doch der Norden fürchtet den Süden. So wie jeder Angreifer hält er dem Blick seines Opfers nicht stand. Die Ladungen von Rohstoffen und Kapital ziehen in schnellem Tempo von Süden nach Norden, aber das gilt für die Bevölkerungen noch

lange nicht. In Spanien bekommen sie es mit der Angst zu tun vor einer vermeintlichen *Invasion* afrikanischer EinwanderInnen. Von den vier Millionen registrierten ImmigrantInnen, kommen jedoch gerade einmal 3% aus dem subsaharischen Afrika. Die Mehrheit kommt ganz legal über die Flughäfen ins Land herein, nur eine unbedeutende Menge kommt in Schlauchbooten oder mit dem Floss.

Doch schaut nur nach Europa und in die USA, wo man sich neurotisch und nach primitivem Brauch mit einer Mauer zu umgeben versucht, weil man die Nähe der EinwanderInnen aus dem Südens nicht erträgt. Auch in Guatemala, während der Zeit der Agrarreform von Jacobo Árbenz, sind viele Ladin^os/as in Panik geraten, war doch zu befürchten, dass mit der *Revolution*, die *indios* aus den Bergen herabsteigen würden, um sie *umzubringen*, aus denselben Bergen, aus denen die *indios* jeden Tag friedlich zu lächerlichen Preisen Brennholz, Mais, Bohnen und Fleisch herunterkarrten. Die Produkte durften kommen, die *indios* nicht.

Diese Angst des Nordens wird nicht vom Süden provoziert, sondern von der gemeinsamen Erinnerung. Viel zu viele Zusammenstösse und Aggressionen schreien in den Schlupfwinkeln der Erinnerung der Völker, und das wissen sowohl die aus dem Norden als auch die aus dem Süden. Während nun also die AfrikanerInnen oder die GuatemaltekerInnen auswandern, allein, um zu überleben, erschrecken sich die aus dem Norden vor den Gespenstern der Vergangenheit, die vor ihren inneren Augen aufwachen.

In der Erinnerung der fernsehenden Welt, die den Angriff von Zinedine Zidane am Bildschirm miterlebte, gibt es die Codes, die helfen, das Geschehene zu verstehen: Hinter der Werbe- und *Sport-Parafernalie* der Weltmeisterschaft pocht ein Kampf um Leben und Tod, weltweit, unverschämt und grausam, um die Herrschaft.